

Kapitel 4: Zusammen leben



45. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
20. - 22. November 2020, Karlsruhe - DIGITAL

Antragsteller*in: Thomas Wolff (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf)

Änderungsantrag zu GSP.Z-01

Von Zeile 209 bis 210:

vertrieben werden. Es braucht ein starkes und soziales Mietrecht, eine gesetzliche Begrenzung der Miethöhe, effektive Maßnahmen zur Preisdämpfung auf dem Immobilienmarkt, zur Regulierung des Kapitals, das den Immobilienmarkt beeinflusst, und eine Mieter*innen-Mitbestimmung zur Verminderung der über den Immobilienmarkt wirkenden Zunahme der Vermögensungleichheit.

Begründung

Die Absätze (195) und (196) zum drückenden Problem Wohnraum sind im Entwurf im unscheinbaren Kapitel „Stadt und Land, Jung und Alt“ versteckt. Das Thema verdient eine prominenter Positionierung, mindestens eine eigene Überschrift. Dieser neue Abschnitt kann z.B. vor „Stadt und Land“ gesetzt werden.

Die Forderungsliste des Absatzes (195) entspringt einem mieterfokussierten Symptom-Denken, das an den Kernproblemen des Immobilienmarktes vorbeigeht und diese auch nicht lösen wird, da ökonomische Zusammenhänge nicht berücksichtigt werden.

„Mietermitbestimmung“ ist eine gute Sache, jedoch in diesem Absatz fehlplatziert, in dem es um Wohnkosten geht; der Absatz sollte sich auf das Thema preisdämpfende Maßnahmen beschränken, das ist wichtig genug.

Da das Thema Mieten ökonomisch nicht von den Immobilienkaufpreisen losgelöst betrachtet werden kann, sollten folgende Maßnahmen ergänzt werden:

Maßnahmen zur Preisdämpfung: da mag eine Mietenbegrenzung geringfügig wirken, jedoch nicht nachhaltig. Nötig ist hier steuerliche Abschöpfung spekulativer Gewinne.

Regulierung des Kapitals: der unregelmäßige Zufluss dubiosen Kapitals (Geldwäsche, Ausland, steuerhinterzogen, anonyme Renditegesellschaften) heizt die Preise unnötig an; in skandinavischen Ländern dürfen z.B. Ausländer in der Regel keine Immobilien erwerben.

Vermögensungleichheit: der Zusammenhang zum Immobilienmarkt wird kaum beachtet; hier müssen wiederum steuerliche Maßnahmen, auch Vermögensteuer, zu einem Ausgleich führen.

weitere Antragsteller*innen

Ralf Henze (KV Odenwald-Kraichgau); Fritz Lothar Winkelhoch (KV Oberberg); Isabell Christin Welle (KV Jena); Andreas Müller (KV Essen); Eleonore Grabowski (KV Wesel); Ali Demirhan (KV Herzogtum Lauenburg); Hans Schmidt (KV Bad Tölz-Wolfratshausen); Klemens Griesehop (KV Berlin-Pankow); Gerit Alino Prange (KV Potsdam); Gerd Weichelt (KV Dithmarschen); Martin Saltzwedel (KV Wetterau); Dorian David Plicht (KV Berlin-Kreisfrei); Klaudia Stürmer (KV Esslingen); Ingrid Bäumler

(KV Cochem-Zell); Philipp Sean Giesinger (KV Düsseldorf); Uwe Dietrich (KV Hildesheim); Delphine Scheel (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Ralph Pies (KV Offenbach-Land); Judith Bogner (KV Mühldorf); sowie 4 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.